Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Russische Föderation – Januar bis Juni 2025

30. Juni 2025

13. Januar 2025

Haftstrafe wegen Spenden an die Antikorruptionsstiftung von Nawalny

Am 24.12.24 hat ein Moskauer Bezirksgericht Iwan Tischtschenko der Finanzierung extremistischer Aktivitäten nach Art. 282.3 des russischen Strafgesetzbuches für schuldig befunden und zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Der Herzchirurg hat regelmäßig einen nicht näher genannten Betrag an die von Alexej Nawalny gegründete Stiftung zur Korruptionsbekämpfung (FBK) gespendet. Der Überweisungsdauerauftrag war nach Angaben der Verteidigung noch vor der Einstufung des FBK als extremistische Organisation im Juni 2021 eingerichtet worden. Laut der Menschenrechtsorganisation Memorial wurden mit Stand Dezember 2024 mindestens 27 Strafverfahren aufgrund finanzieller Zuwendungen an den FBK (oftmals Kleinstspenden) eingeleitet. In bislang elf Fällen wurden demnach Geldstrafen verhängt, in zwei Fällen (einschließlich des vorliegenden) Haftstrafen. Zwei weitere Spendende seien zu Bewährungsstrafen verurteilt worden.[1]

20. Januar 2025

Haftstrafen für Nawalny-Anwälte

Drei ehemalige Anwälte des im Straflager verstorbenen Oppositionellen Alexej Nawalny (vgl. BN v. 19.02.24) wurden durch ein Gericht in Petuschki (Oblast Wladimir) zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Laut Agenturberichten vom 17.01.25 wurden sie der Zugehörigkeit zu einer extremistischen Vereinigung, namentlich der als solche eingestuften Stiftung Nawalnys zur Korruptionsbekämpfung (FBK), für schuldig befunden.

Die Angaben zum Strafmaß sind uneinheitlich. Überwiegend wird gemeldet, dass Wadim Kobsew fünfeinhalb Jahre, Alexej Lipzer fünf Jahre und Igor Sergunin dreieinhalb Jahre Straflagerhaft erhielten. Die drei Männer seien bereits im Oktober 2023 verhaftet und im Folgemonat auf eine offizielle Liste von „Terroristen und Extremisten“ gesetzt worden. Zuvor seien sie mit wenigen Ausnahmen die einzigen gewesen, die Nawalny in Haft hatten besuchen können. Über sie seien Nawalnys Botschaften an dessen Team gelangt, welches sie dann veröffentlicht habe. Damit hätten die Verurteilten laut Gericht ihren Status als Anwälte zur Überbringung von Informationen zwischen Mitgliedern einer extremistischen Vereinigung missbraucht.

Im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Unterstützung des FBK finden weitere verschiedene Strafverfahren statt. Wegen Spenden an den FBK wurden bereits mehrere Geld-, Bewährungs- und auch Haftstrafen verhängt (vgl. BN v. 13.01.25). Wegen Beiträgen auf YouTube, welche angeblich mit dem FBK verbunden waren, befinden sich außerdem vier Medienschaffende vor Gericht (vgl. BN v. 08.04. u. 07.10.24). Wegen Störung der öffentlichen Ordnung nach unerlaubten Versammlungen waren nach dem Tod Nawalnys Hunderte Teilnehmende an Gedenkveranstaltungen festgenommen und zu Geld- und Arreststrafen verurteilt worden (vgl. BN v. 26.02.24).

In dem nun ergangenen Urteil sehen die Bürgerrechtsorganisation OVD-Info sowie westliche Staaten ein bewusstes Vorgehen gegen Strafverteidigende, die Fälle von politischen Gefangenen bzw. von Kritikerinnen und Kritikern von Behörden und Regierung übernehmen, wird weiter berichtet. Eine weitere Anwältin sowie ein weiterer Anwalt Nawalnys, nach denen gefahndet werde, sollen sich im Ausland befinden.[2]

10. Februar 2025

Haftstrafen nach Protesten in Baschkortostan im Jahr 2024 verhängt

Am 07.02.25 hat ein Bezirksgericht in der westlichen Region Udmurtien sechs Personen der Beteiligung an Massenunruhen und der Gewaltanwendung gegen Staatsbedienstete nach Art. 212 und 318 des russischen Strafgesetzbuches für schuldig befunden und zu Freiheitsstrafen von viereinhalb bis fünf Jahren verurteilt. Die Männer hatten im Januar 2024 an den regierungskritischen Protesten zur Unterstützung des baschkirischen Aktivisten Fail Alsynow in der Stadt Baimak teilgenommen oder sich in einigen Fällen lediglich als Passanten in der Nähe des Veranstaltungsortes aufgehalten. Die Protestkundgebung, eine der größten in Russland seit Beginn des Ukrainekrieges, war von den Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst worden, wobei sich die Menschenmenge mit Schneebällen gegen das harte Vorgehen der Behörden zur Wehr gesetzt hatte (vgl. BN v. 22.01.24).

Mit rd. 80 Angeklagten gilt der Fall Baimak als größter politisch motivierter Strafprozess in der jüngeren russischen Vergangenheit. Medienberichten zufolge wurden seit Juli 2024 in bislang mindestens 16 Fällen (einschließlich der vorliegenden) hohe Haftstrafen zwischen vier und achteinhalb Jahren gegen die Beschuldigten verhängt; mit weiteren Schuldsprüchen wird gerechnet. Hunderte weitere Demonstrationsteilnehmende wurden unterdessen u.a. wegen Verstößen gegen das in Russland stark eingeschränkte Versammlungsrecht mit Geldbußen bis hin zu mehrtägiger Administrativhaft belegt. Neben straf- und ordnungsrechtlichen Sanktionen war mindestens ein Beschuldigter bei der Festnahme schwerer physischer Gewalt durch die Sicherheitskräfte ausgesetzt und musste in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Ein zweiter Beschuldigter ist unter ungeklärten Umständen im Polizeigewahrsam verstorben, eine dritte Person hat nach dem polizeilichen Verhör Suizid begangen.[3]

03. März 2025

Festnahmen bei Gedenkveranstaltungen für verstorbenen Nawalny

Bei Gedenkveranstaltungen zum ersten Jahrestag des Todes von Alexej Nawalny wurden nach Angaben des unabhängigen Bürgerrechtsportals OVD-Info am 16.02.25 mindestens 42 Personen in russlandweit 18 Städten festgenommen, die Hälfte davon in den Städten Wolgograd, Jaroslawl, Ufa und Nowosibirsk. Die Betroffenen hatten für den verstorbenen Oppositionsführer einzeln friedliche Mahnwachen auf der Straße abgehalten oder bekannte Gedenkstätten für die Opfer politischer Repression wie die Solowezki-Steine mit Blumen oder Plakaten, die Bilder des Verstorbenen oder Aufschriften wie „Russland wird frei sein“ und „ewige Erinnerung“ zeigten, aufgesucht. Während einige der Festgenommenen ohne Anklage nach kurzer Zeit wieder freigelassen wurden, erfolgten in anderen Fällen unter dem Vorwurf vermeintlicher Ordnungswidrigkeiten einschließlich, bezugnehmend auf die gezeigten Porträts von Nawalny, der „Verwendung extremistischer Symbole“ (Art. 20.3 des Ordnungswidrigkeitsgesetzes) Verurteilungen zu Geldbußen bis hin zu einer ein- bis 14-tägigen Administrativhaft.[4]

07. April 2025

Haftstrafen für Medienschaffende

Am 04.04.25 verurteilte das Stadtgericht Petropawlowsk-Kamtschatski den Journalisten und Leiter der Partei Jabloko in der Region Kamtschatka, Wladimir Jefimow, wegen Diskreditierung der Streitkräfte und Zurschaustellung extremistischer Symbole nach Art. 280.3 und Art. 282.4 des Strafgesetzbuchs (StGB) zu zwei Jahren Haft in einer Strafkolonie. Jefimow habe in einem Internet-Post den für seine Unterstützung der russischen Invasion in der Ukraine bekannten Sänger Shaman kritisiert und einen antifaschistischen Film veröffentlicht, in dem Nazi-Symbole zu sehen waren.

Am 31.03.25 bestätigte das Fünfte Berufungsgericht in Nowosibirsk ein bereits am 27.11.24 gegen die Journalistin Nika Novak verhängtes Urteil, wonach erstmalig seit Einführung des Gesetzes eine Journalistin nach Art. 275.1 StGB

wegen der vertraulichen Zusammenarbeit mit ausländischen Organisationen zu vier Jahren Haft verurteilt wurde. Das Gericht ordnete nun ergänzend die Beschlagnahmung von 500.000 RUB (rd. 5.377 EUR, Stand: 07.04.25) an, die sie angeblich auf kriminelle Weise als freiberufliche Journalistin bei Radio Free Europe/Radio Liberty verdient hatte. Menschenrechtsorganisationen bezeichneten das Urteil als eindeutig politisch motiviert.
Am 27.03.25 wurde die seit April 2022 inhaftierte Journalistin Maria Ponomarenko (vgl. BN v. 20.02.23) vom Bezirksgericht Shipunovsky des Altai-Gebiets wegen leichter Körperverletzung nach Art. 321 Abs. 2 StGB zu einem Jahr und zehn Monaten Haft verurteilt. Der Journalistin wurde vorgeworfen, zwei Gefängniswärter tätlich angegriffen zu haben, was die Verurteilte bestreite. Ponomarenko habe sich wiederholt über Schikanen der Gefängnisverwaltung beschwert und sei zur Strafe bereits 13 Mal zu Isolationshaft verurteilt worden. Menschenrechtsaktivisten erklärten, dass Isolationshaft bei weiblichen Inhaftierten aufgrund schwindender Nachsicht gegenüber Frauen seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zugenommen hätte. Zudem seien die Bedingungen in Isolationshaft für Frauen härter, da sie im Gegensatz zu Männern meist keine Häftlingskleidung, sondern neben Unterwäsche nur ein Nachthemd tragen dürften.
Die Arbeit unabhängiger Medienschaffender wird seit Beginn des Angriffskriegs am 24.02.22 durch immer repressivere Maßnahmen verhindert. Laut Reporter ohne Grenzen (RSF) sind seit der Vollinvasion fast alle unabhängigen Medien in Russland verboten, blockiert oder zu „ausländischen Agenten“ oder „unerwünschten Organisationen“ erklärt worden. Auf der von RSF herausgegebenen Rangliste der Pressefreiheit rutschte das Land von Platz 150 im Vorkriegsjahr 2021 auf Platz 162 im Jahr 2024 unter 180 bewerteten Staaten.[5]

14. April 2025

Haftstrafen für Zeugen Jehovas

Medienberichten zufolge wurde der Zeuge Jehovas, Maxim Chamatschin, am 03.04.25 vom Bezirksgericht Tscheljabinsk wegen der Organisation von Aktivitäten einer extremistischen Vereinigung nach Art. 282.2 Abs. 1 StGB zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Chamatschin werde vorgeworfen, von 2017 bis 2022 Versammlungen der Zeugen Jehovas abgehalten, gepredigt, religiöse Informationsmaterialien verteilt sowie andere Personen dazu ermutigt zu haben, sich an den Aktivitäten der Organisation zu beteiligen.
Am 31.03.25 wurden die vier Zeugen Jehovas Alexander Starikow, Alexei Kusnezow, Oleg Katamowa und Alexander Schtschetinin laut Berichterstattung vom Stadtgericht Konakowo ebenfalls nach Art. 282.2 Abs. 1 StGB zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Ihnen werde vorgeworfen, Gottesdienste und Bibellesungen per Videokonferenz abgehalten zu haben. Der Gerichtsprozess eines weiteren Angeklagten in diesem Fall, von Sergei Naumenko, sei in ein separates Verfahren ausgegliedert worden. Die Staatsanwaltschaft fordere für Naumenko eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren.
Nach der Einstufung der Zeugen Jehovas am 20.04.17 als extremistische Organisation, der darauffolgenden Auflösung ihres Verwaltungszentrums sowie rund 400 regionaler Gemeinschaften wurde laut dem Menschenrechtsportal OVD-Info in insgesamt 593 Urteilen gegen Anhänger der Religion insbesondere nach Art. 282.2 Abs. 1 und/oder Abs. 2 StGB geurteilt (vgl. BN v. 06.03.23, 31.10.22, 13.06.22 u. 24.01.22).[6]

28. April 2025

Freiheitsstrafen für Medienschaffende mit Bezug zu Nawalny

Am 15.04.25 hat ein Moskauer Bezirksgericht drei Journalisten und eine Journalistin der Beteiligung an einer extremistischen Vereinigung in Gestalt der Stiftung zur Korruptionsbekämpfung (FBK) des verstorbenen Oppositionellen Alexej Nawalny für schuldig befunden und nach Art. 282.1 StGB zu Haftstrafen von jeweils fünfeinhalb Jahren und einem anschließenden Berufsverbot von drei Jahren verurteilt. Pressemeldungen zufolge hatten Antonina Faworskaja und Artjom Krieger, Mitarbeitende des unabhängigen russischen Nachrichtenmediums Sotavision, rein journalistisch-beobachtend über die Gerichtsverhandlungen und die Haftbedingungen Nawalnys berichtet, jedoch nicht mit dessen Organisationen zusammengearbeitet. Auch die Verbindungen der mitangeklagten freiberuflichen Medienschaffenden Konstantin Gabow und Sergej Karelin zu Nawalny waren demnach rudimentär. So soll beispielsweise das Video einer von Gabow durchgeführten Straßenumfrage in den sozialen Medien u.a. auch auf Nawalnys YouTube-Kanal „Nawalny LIVE“ gepostet worden sein.

Im Januar 2025 waren bereits drei ehemalige Anwälte Nawalnys ebenfalls wegen mutmaßlicher Zugehörigkeit zum FBK mit mehrjährigen Haftstrafen belegt worden (vgl. BN v. 20.01.25).[7]

05. Mai 2025

Haftstrafen für Krim-Tataren

Am 29.04.25 verurteilte das Militärgericht des Südbezirks in Rostow am Don sechs Krim-Tataren wegen der Beteiligung an Aktivitäten einer terroristischen Organisation nach Art. 205.5 StGB und wegen der Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes nach Art. 30 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 278 StGB zu Haftstrafen zwischen elf und 14 Jahren. Fünf der Männer seien zu 14 Jahren Haft verurteilt worden, wobei die ersten vier Jahre im Gefängnis und der Rest der Strafe in einer Hochsicherheitskolonie verbüßt werden sollen. Der sechste Angeklagte sei zu elf Jahren Haft verurteilt worden, von denen er die ersten drei Jahre im Gefängnis und die restliche Strafe in einer Strafkolonie verbringen müsse. Die am 24.01.23 in der Region Dschankoj auf der Krim verhafteten Männer hätten sich laut Gericht an Aktivitäten der verbotenen islamistischen Organisation Hizb ut-Tahrir beteiligt, welche in Russland seit 2003 als terroristische Vereinigung eingestuft ist. Nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen handelt es sich um eine politisch motivierte Verurteilung. Seit der russischen Annexion der Halbinsel Krim im März 2014 wurden laut OVD-Info 127 Krim-Tataren unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation Ziel staatlicher Verfolgung (vgl. BN v. 23.01.23, 21.03.22 u. 14.02.22).[8]

26. Mai 2025

Razzien gegen eingebürgerte Migranten vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges

Medienberichten zufolge erklärte der Leiter des staatlichen Ermittlungskomitees, Alexander Bastrykin, am Rande der Jahreskonferenz des St. Petersburger Internationalen Rechtsforums am 20.05.25, dass die Strafverfolgungsbehörden inzwischen mehr als 80.000 neu eingebürgerte Migranten aufgegriffen haben, die ihrer Verpflichtung zur Registrierung im russischen Militärregister nicht nachgekommen sind. Ein Viertel nimmt demnach bereits an der „Spezialoperation“, wie der Angriffskrieg gegen die Ukraine in Russland offiziell genannt wird, teil. Medienberichten zufolge kommt es seit Längerem immer wieder zu Razzien in Moscheen, auf Märkten und Baustellen sowie an anderen Orten, an denen Migranten vermutet werden. Dabei würden registrierungssäumige Einwanderer mit russischer Staatsangehörigkeit in der Regel zur Nacherfassung entweder zum Militärkommissariat vorgeladen oder der geltenden Rechtslage zuwider direkt und teils gewaltsam dorthin verbracht. Auch würden in dem Zusammenhang Berichte existieren, denen zufolge Migranten unter Androhung der Ausbürgerung und anschließenden Abschiebung ins Herkunftsland illegal dazu genötigt werden, sich als Vertragssoldaten für den Ukrainekrieg zu verpflichten.

Seit einer Gesetzesnovelle im August 2024 müssen sich neue russische Staatsbürger bei andernfalls drohender Ausbürgerung binnen 14 Tagen beim Militärkommissariat ihres Wohnortes anmelden. Die Anmeldung dient u.a. einer etwaigen späteren Einberufung zum Grundwehrdienst und im Falle einer neuerlichen Mobilisierung zum Kriegsdienst. Nach Angaben von OVD-Info haben russische Gerichte alleine bis Januar 2025 mindestens 63 Personen die russische Staatsangehörigkeit wegen Missachtung der Registrierungspflicht wieder entzogen. Besonders häufig betroffen sind Personen zentralasiatischer Herkunft.[9]

02. Juni 2025

Haftstrafe für Aktivität in „unerwünschter“ Organisation

Am 14.05.25 verurteilte das Moskauer Bezirksgericht Basmanny Grigori Melkonjanz, den Co-Vorsitzenden der Bürgerbewegung zum Schutz der Rechte von Wählerinnen und Wählern „Golos“, wegen der Organisation von Aktivitäten einer „unerwünschten Organisation“ nach Art. 284.1, Abs. 3 StGB zu einer Haftstrafe von fünf Jahren.

Der bekannte Wahlbeobachter wurde am Tag der Bundes- und Kommunalwahlen und im Vorfeld des Präsidentschaftswahlkampfs 2024 am 17.08.23 verhaftet. Laut Menschenrechtsorganisationen handele es sich um eine politisch motivierte Verurteilung. Melkonjanz wird die Mitarbeit beim europäischen Wahlbeobachter-

Netzwerk European Network of Election Monitoring Organizations (ENEMO) vorgeworfen, dessen Gründungsmitglied die NGO Golos gewesen ist. ENEMO wurde am 27.09.21 als „unerwünscht“ eingestuft.
Der laut Menschenrechtsorganisationen ohnehin weit gefasste Ermessensspielraum bei der Einstufung als „unerwünschte Organisation“ erreiche in diesem Fall durch die Gleichsetzung der Bürgerbewegung Golos mit der 2020 liquidierten NGO Golos die Dimension „politisch motivierter Justiz-Willkür". Der Vorwurf der Tätigkeit von Melkojanz für ENEMO sei laut seinem Verteidiger fragwürdig, da ENEMO erst ein Jahr nach der Schließung der NGO Golos im Jahr 2021 zur unerwünschten Organisation deklariert worden sei. Laut Prozessbeobachtern beziehe das Gericht sich in seinem Urteil damit rückwirkend auf einen Zeitraum, der vor die Listung von ENEMO als „unerwünschte Organisation“ falle.
Wie die Novaya Gazeta Europe berichtet, seien am 23.05.25 die vier in Deutschland lebenden ehemaligen Kommunalabgeordneten Ilja Asar, Sergej Wlassow, Igor Glek und Jelena Russakowa auf Grundlage des Art. 284.1, Abs. 3 StGB zur Fahndung ausgeschrieben worden. Ihnen drohen bis zu sechs Jahre Haft. Grundlage für die Einleitung des Strafverfahrens soll ihre Aktivität für die 2023 in Deutschland gegründete Bewegung „Abgeordnete des friedlichen Russlands“ sein. Die Bewegung wurde am 16.08.24 von der Generalstaatsanwaltschaft als „unerwünschte Organisation eingestuft. Nach einer Kundgebung der Bewegung am 01.03.25 in Berlin, auf der Forderungen zum Sturz der russischen Regierung geäußert worden seien, soll es zu Vernehmungen und Hausdurchsuchungen bei in Russland lebenden Angehörigen der Politikerinnen und Politiker gekommen sein.
Im Jahr 2015 führte die Staatsduma den Begriff der „unerwünschten Organisation“ in die Gesetzgebung ein. In die Kategorie „unerwünscht“ fallen ausländische oder internationale NGOs, die „eine Bedrohung für die Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung“ oder „die Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit des Landes“ darstellen. Unerwünschten Organisationen ist jegliche Arbeit in Russland verboten. Darüber hinaus handeln alle russischen Staatsangehörigen, die im In- oder Ausland mit einer als unerwünscht eingestuften Organisation zusammenarbeiten oder deren Aktivitäten organisieren nach russischem Gesetz ordnungswidrig. Im Wiederholungsfall greift das Strafrecht, es drohen Freiheitsstrafen von bis zu sechs Jahren. Laut Beobachtern dienten die Maßnahmen dazu, die russische Zivilgesellschaft von internationaler Finanzierung abzuschneiden. Laut OVD-Info liefen derzeit gegen mindestens 23 Personen Strafverfahren nach Art. 284.1. Mindestens 13 Personen befänden sich aufgrund ihrer Tätigkeit für „unerwünschte Organisationen“ derzeit in Haft. Am 29.05.25 umfasste die vom Justizministerium geführte Liste „unerwünschter“ Organisationen 227 Bildungs-, Sozial-, Forschungs- und religiöse Organisationen und Verbände - 34 davon mit Sitz in Deutschland.[10]

23. Juni 2025

Freiheitsstrafen wegen Spenden mit Bezug zur Ukraine

Pressemeldungen zufolge hat ein Militärgericht in der südwestrussischen Region Belgorod die kriegskritische Aktivistin Nadeschda Rossinskaja am 20.06.25 des Hochverrats (Art. 275 StGB), der Unterstützung des Terrorismus (Art. 205.1 StGB) und des Aufrufs zu staatsgefährdenden Handlungen (Art. 280.4 StGB) für schuldig befunden und zu einer Freiheitsstrafe von 22 Jahren sowie einer Geldstrafe von 320.000 RUB (rd. 3.500 EUR, Stand: 23.06.25) verurteilt. Rossinskaja, die auch unter dem Namen Nadin Geisler bekannt ist, wurde demnach vorgeworfen, im August 2023 in einem Beitrag in den sozialen Medien zu Geldspenden für das in Russland als terroristische Organisation eingestufte ukrainische Regiment „Asow“ aufgerufen zu haben; eine Anschuldigung, die von ihr und ihrem Anwalt zurückgewiesen wurde. Medienberichten zufolge hatte Rossinskaja unmittelbar nach Beginn des vollumfänglichen Angriffskrieges gegen die Ukraine begonnen, Spenden für geflüchtete ukrainische Zivilpersonen zu sammeln, und eine Freiwilligenbewegung („Armee der Schönheiten“) ins Leben gerufen, die zwischen 2022 und 2023 Lebensmittel- und Medikamentenlieferungen in russisch besetzte Gebiete organisiert und die lokale Bevölkerung bei der Evakuierung unterstützt haben soll.
Erst am 29.05.25 war laut Pressemeldungen ein Student in der Region Wolgograd ebenfalls unter dem Vorwurf des Hochverrats zu einer zwölfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Der Mann, der an einer neurologischen Bewegungsbeeinträchtigung leidet, hatte dem Vernehmen nach in der Absicht, eine Unterschriftenkampagne für Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine zu unterstützen, insgesamt maximal 3.000 RUB (rd. 35 EUR, Stand: 23.06.25) auf ein ukrainisches Bankkonto überwiesen und ein Geständnis abgelegt.
Nach Daten von OVD-Info ist die Zahl der Verurteilungen wegen Hochverrats in Russland seit Kriegsbeginn signifikant angestiegen, zuletzt von 39 Fällen im Jahr 2023 auf 156 Fälle im Jahr 2024. Ein nicht näher bezifferter

Anteil entfalle dabei auf Fälle, in denen die Betroffenen nach eigenen Angaben Geld an Wohltätigkeitsorganisationen zur humanitären Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung gespendet hätten, während seitens der Ermittlungsbehörden eine Überweisung an die ukrainischen Streitkräfte behauptet worden sei.[11]

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de

1 RTVi, Московский кардиохирург с 20-летним стажем получил срок за переводы денег ФБК* [Moscow cardiac surgeon with 20 years of experience sentenced for transferring money to FBK*], (Russian Television International), last update 24.12.2024; Meduza, Суд в Москве дал четыре года колонии кардиохирургу за финансирование ФБК. Он начал донатить организации, когда ее еще не объявили «экстремистской» [A court in Moscow gave a cardiac surgeon four years in prison for financing FBK. He started donating to the organization before it was declared "extremist"], last update 24.12.2024; Cholod, «Группировка» Алексея Навального [Alexey Navalny's "Group"], last update 09.04.2024.

2 Agence France-Press, Russia gives Navalny lawyers multi-year sentences for relaying his messages, in: The Guardian, last update 17.01.2025; Deutsche Presseagentur, Nawalnys Anwälte zu langer Straflager-Haft verurteilt, last update 17.01.2025; Reuters, Three Navalny lawyers sentenced to years in Russian penal colony for 'extremist activity', last update 17.01.2025; Der Spiegel, Russland: Drei Alexej-Nawalny-Anwälte zu mehrjähriger Haft verurteilt, last update 17.01.2025; Associated Press, 3 lawyers for Alexei Navalny are convicted, sentenced to prison, last update 17.01.2025.

3 OVD-Info, Шесть человек, преследуемых по следам народного схода в Баймаке, приговорили к срокам до пяти лет [Six people prosecuted in the wake of the people's gathering in Baimak were sentenced to terms of up to five years], last update 07.02.2025; OVD-Info, Repression in Russia in 2024: OVD-Info Overview, last update 12.01.2025; Idel.Realii, 28 лет на шестерых: суд в Ижевске огласил приговор фигурантам "Баймакского дела" [28 years for six: the court in Izhevsk announced the verdict for the defendants in the "Baimak case"], last update 07.02.2025; Idel Realii, "Может поддержать детей словом и примером". История фигуранта "Баймакского дела" Вилюра Карачурина ["He can support children with words and example." The story of the defendant Vilyur Karachurin in the "Baimak case"], last update 22.08.2024; The Insider, “They painted us all as traitors”: Environmental protests in Bashkortostan morph into Russia's largest political trial, last update 03.10.2024.

4 OVD-Info, @ovdinfo_data, (Telegram), last update 18.02.2025; OVD-Info, Годовщина смерти Навального. Задержания на акциях памяти и давление на участников [Anniversary of Navalny's death. Detentions at memorial rallies and pressure on participants] [Liveblog], last update 26.02.2025; Bumaga, @paperpaper_ru, (Telegram), last update 19.02.2025.

5 RFE/RL, Лидеру камчатского “Яблока” назначены два года колонии-поселения [The leader of the Kamchatka “Yabloko” was sentenced to two years in a penal colony], last update 04.04.2025; OVD-Info, Главу камчатского «Яблока» приговорили к двум годам колонии-поселения по третьему уголовному делу [The head of the Kamchatka “Yabloko” was sentenced to two years in a penal colony on the third criminal case], last update 04.04.2025; RFE/RL, Суд оставил без изменения приговор читинской журналистке Нике Новак [The court upheld the sentence of Chita journalist Nika Novak], last update 31.03.2025; Novaya Gazeta, Первый срок за работу на СМИ-«иноагента». Кто такая Ника Новак — забайкальская журналистка, получившая четыре года за «сотрудничество с иностранной организацией» [First sentence for working for a “foreign agent” media outlet. Who is Nika Novak – a Transbaikal journalist who received four years for “cooperation with a foreign organization“?], last update 26.11.2024; Novaya Gazeta, Берегись иностранца. Журналиста впервые арестовали по экзотической статье — за сотрудничество с другим государством. «Новая-Европа» рассказывает о деле Ники Новак [Beware of the foreigner. A journalist was arrested for the first time under an exotic article – for cooperation with another state. “Nova-Europe” tells about the case of Nika Novak], last update 27.12.2023; SOTAvision, К 1 году 10 месяцам колонии приговорили алтайскую журналистку Марию Пономаренко [Altai journalist Maria Ponomarenko was sentenced to 1 year 10 months in prison], last update 07.04.2025; DW, Осужденная журналистка Мария Пономаренко получила новый срок [Convicted journalist Maria Ponomarenko received a new sentence], last update 27.03.2025; DW, На журналистку Марию Пономаренко завели новое уголовное дело [Journalist Maria Ponomarenko is facing a new criminal case], last update 03.11.2023; OVD-Info, «Ад в аду» и пытка холодом: людей, преследуемых по политическим делам, продолжают отправлять в ШИЗО [“Hell in hell” and cold torture: people persecuted in political cases continue to be sent to SHIZOs], last update 26.10.2023; Reporters Sans Frontières, RSF World ranking - Russia, last update 31.12.2024.

6 OVD-Info, Свидетеля Иеговы из Челябинска приговорили к шести годам колонии [Jehovah's Witness from Chelyabinsk sentenced to six years in prison], last update 03.04.2025; OVD-Info, Четырех Свидетелей Иеговы из Тверской области приговорили к шести годам колонии [Four Jehovah's Witnesses from Tver region sentenced to six years in prison], last update 31.03.2025; OVD-Info, Трое Свидетелей Иеговы из Орла освободились из колоний [Three Jehovah's Witnesses from Orel released from colonies], last update 10.04.2025; OVD-Info, Репрессии в России в 2024 году. Обзор ОВД-Инфо [Repression in Russia in 2024. Review by OVD-Info], last update 14.04.2025.

7 Deutsche Welle, Vier Journalisten in Russland zu Gefängnisstrafen verurteilt, last update 15.04.2025; Meduza, В России посадили четырех журналистов по делу об «участии» в деятельности ФБК [Four journalists jailed in Russia over alleged “participation” in FBK activities], last update 15.04.2025; OVD-Info, Журналистов, обвиняемых в сотрудничестве с ФБК, приговорили к пяти с половиной годам колонии [Journalists accused of collaborating with the FBK were sentenced to five and a half years in prison], last update 15.04.2025.

8 Crimean Solidarity, «За то, что мы не молчим». Суд приговорил шестерых крымских татар к срокам от 11 до 14 лет в колонии [“For not remaining silent.” Court sentences six Crimean Tatars to prison terms ranging from 11 to 14 years], last update 05.05.2025; OVD-Info, Шестерых крымских татар приговорили к срокам от 11 до 14 лет [Six Crimean Tatars sentenced to terms ranging from 11 to 14 years], last update 05.05.2025; OVD-Info, 11 лет оккупации: Как устанавливался репрессивный режим в Крыму [11 years of occupation: How the repressive regime was established in Crimea], last update 05.05.2025.

9 Current Time, Бастрыкин заявил, что силовики "отловили" и отправили на войну против Украины 20 тысяч мигрантов, получивших гражданство России [Bastrykin stated that security forces had “rounded up” and sent to war against Ukraine 20,000 migrants who had obtained Russian citizenship], last update 20.05.2025; Deutsche Welle, Против Украины воюют 20 тысяч натурализованных россиян [20,000 naturalized Russians are fighting against Ukraine], last update 20.05.2025; The Insider, 20 тысяч иностранцев, получивших российское гражданство, участвуют в войне – глава СК [20,000 foreigners who obtained Russian citizenship are participating in the war, according to the head of the SK], last update 20.05.2025; Hook, Манипуляции гражданством, облавы, антиконституционные законы. Как Россия вербует иностранных граждан на войну против Украины [Manipulation of citizenship, raids, unconstitutional laws. How Russia recruits foreign citizens for the war against Ukraine], ohne Datum; OVD-Info, Raids, politically motivated cases, and procedural violations: how the draft became a tool of repression, last update 29.04.2025.

10 Golosinfo, Главное за неделю: 12 – 18 мая [The main news for the week: May 12 - 18], last update 02.06.2025; OVD-Info, У участников движения «Голос» прошли обыски по делу о «нежелательной» организации [Participants of the “Golos” movement were searched in the case of “undesirable” organization], last update 02.06.2025; OVD-Info, Сопредседателя «Голоса» осудили на пять лет по делу о руководстве «нежелательной» организацией [Golos co-chairman sentenced to five years in case of running an “undesirable” organization], last update 02.06.2025; Novaya Gazeta Europa, Спецкора «Новой-Европа» Илью Азара заочно арестовали в России [Special correspondent for Novaya Gazeta Ilya Azar arrested in absentia in Russia], last update 02.06.2025; Novaya Gazeta Europa, В Москве силовики пришли с обысками к родственникам автора «Новой-Европа» Ильи Азара и еще трех экс-мундепов [In Moscow, security forces raided the homes of relatives of Ilya Azar, author of Novaya Europa, and three other former municipal deputies], last update 02.06.2025; OVD-Info, Дэшборд Уголовные репрессии в России [Dashboard Criminal repression in Russia], last update 02.06.2025.

11 Reuters, Russia sentences activist who helped Ukrainians flee war to 22 years in prison, last update 20.06.2025; Novaya Gazeta Europe, Russian anti-war volunteer who helped Ukrainian refugees sentenced to 22 years in prison for treason, last update 20.06.2025; RusNews, @smirusnews (Telegram), last update20.06.2025; Meduza, В Волгограде суд приговорил студента с церебральным параличом к 12 годам колонии строгого режима за перевод трех тысяч рублей в Украину [In Volgograd, a court sentenced a student with cerebral palsy to 12 years in a strict regime colony for transferring three thousand rubles to Ukraine], last update 03.06.2025; Radio Svoboda, "Не могу дать меньше. Из-за войны." Студент с ДЦП получил 12 лет строгого режима за перевод в 1,5 тысячи [“I can't give less. Because of the war.” A student with cerebral palsy received 12 years in a strict regime prison for transferring 1,500 rubles], last update 16.06.2025; OVD-Info, На третий год войны число осужденных по делам о диверсии и госизмене выросло более чем в 4 раза [In the third year of the war, the number of people convicted of sabotage and treason increased more than fourfold], last update 17.04.2025.

Impressum

Herausgeber
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
90461 Nürnberg

ISSN
2943-1611

Stand
06/2025

Druck
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit
Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen.

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de